



Die Vorkurse an der Zürcher Hochschule der Künste kosten pro Jahr bis zu 14 000 Franken. Im Bild ein Auftritt von Contemporary-Dance-Studierenden.

PETER SCHNETZ

Kunsthochschul-Vorkurse bleiben teuer

Kantonsrat die Forderung nach einer Anpassung an die normalen Studiengebühren blieb ohne Chance

VON MATTHIAS SCHARRER

Wer in Zürich ein Musik-, Tanz- oder gestalterisches Studium beginnen will, braucht nicht nur Talent. Voraussetzung ist vielfach auch ein dickes Portemonnaie: Die halb- bis ganzjährigen Vorkurse an der Zürcher Hochschule der Künste (ZHDK), je nach Fach auch Propädeutikum oder Pre College genannt, kosten pro Jahr zwischen 8000 und 14 000 Franken.

Und dabei dürfte es bleiben. Denn eine deutliche Mehrheit des Kantonsrats hat sich gestern dafür ausgesprochen, diese Praxis im Zürcher Fachhochschulgesetz zu verankern. Die Forderung von EVP, Grünen, SP und AL, wonach die Vorkursgebühren an die anschliessend fälligen normalen Studiengebühren in Höhe von rund 1500 Franken pro Jahr anzupassen seien, hatte keine Chance.

Vorbild für andere Hochschulen?

Die Vorkurse waren vor einigen Jahren im Zuge des Sanierungsprogramms 2004 aus Spargründen vom Kanton Zürich abgeschafft worden, wie Judith Stofer (AL, Zürich) in Erinnerung rief. Die 2007 durch die Fusion der Hochschule für Mu-

sik und Theater mit der Hochschule für Gestaltung und Kunst entstandene ZHDK führte sie jedoch wieder ein - allerdings nun zu kostendeckenden, massiv höheren Gebühren in der genannten Höhe. Diese Regelung soll jetzt im Zürcher Fachhochschulgesetz festgeschrieben werden.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich) sah darin einen gefährlichen Präzedenzfall: Auch andere Hochschulen, etwa die ETH, könnten auf die Idee kommen, Vorkurse mit höheren Gebühren einzuführen, warnte er. Mit den Vorkursen stelle die ZHDK sicher, dass ihre künftigen Studierenden die nötigen Fähigkeiten mitbrächten. Faktisch stelle dies eine Vorselektion dar, wie sie dereinst auch für anderen Hochschulen interessant werden könnte.

Zwar sind die aufs Studium vorbereitenden Kurse nicht obligatorisch. Auch andere Formen künstlerischer Vorbildung werden anerkannt. «Aber ohne Vorkurse ist es schwierig, an der ZHDK zum Bachelor-Studium zugelassen zu werden», sagte Karin Fehr (Grüne, Uster). «Dass sie nicht zu normalen Kosten angeboten werden, stellt einen massiven Verstoß gegen die Chancengleichheit in der Bildung dar», gab Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffi-

«Das stellt einen massiven Verstoß gegen die Chancengleichheit in der Bildung dar.»

Hanspeter Hugentobler
EVP-Kantonsrat

kon) zu bedenken. Die von Mitte-links geforderte Senkung aufs normale Studiengebühnenniveau würde die ZHDK respektive den Kanton pro Jahr 1,5 Millionen Franken kosten, rechnete er vor. Das wäre finanziell vertretbar.

Ins gleiche Horn stiess Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten). Die mit 21 Jahren jüngste Kantonsrätin sprach aus Erfahrung: «Ich habe den Vorkurs für 10 000 Franken gemacht.» Für angehende Kunststudierende, die nicht aus wohlhabenden Verhältnissen stammten, sei dies ein zusätzlicher Stolperstein auf dem Weg zum Studium.

Vorkurse nicht obligatorisch

Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP) hielt dagegen: «Die Gebühren sind deutlich höher als die ordentlichen Studiengebühren», räumte sie ein. «Der Grund liegt darin, dass die Vorkurse nicht zwingend zum Studium gehören.»

SVP, FDP, CVP, BDP, GLP und EDU hatte die Regierungsrätin auf ihrer Seite. Eine Senkung der Vorkurs-Kosten würde die ZHDK viel kosten, die FDP sei daher dagegen, erklärte Sabine Wettstein (FDP, Uster). «Die Vorkurse sind nicht obligato-

risch. Daher ist es korrekt, wenn dafür kostendeckende Gebühren verlangt werden», erklärte Christoph Ziegler (GLP, Elgg) die Haltung der Grünliberalen. Fürs Verursacherprinzip sprach sich auch Hans Egli (EDU, Steinmaur) aus. Besonders für die angehenden Musikstudenten gehe es wegen der hohen Kosten für den Instrumentalunterricht ins Geld, sagte er - und fügte an: «Aber später können sie ja Stipendien beziehen.» Mit 106 zu 61 Stimmen sprach sich der Kantonsrat dafür aus, die hohen Vorkursgebühren im Fachhochschulgesetz festzuschreiben.

Zusatzkosten für Auswärtige

Die gleiche bürgerliche Ratsmehrheit votierte gestern dafür, künftig Fachhochschul-Studierende aus anderen Kantonen sowie aus dem Ausland stärker zur Kasse zu bitten. Davon nicht betroffen sind Studierende, deren Wohnsitzkanton mit dem Kanton Zürich eine Vereinbarung über die Beteiligung an den Hochschulkosten abgeschlossen hat.

Die Änderungen am Fachhochschulgesetz sind noch nicht definitiv. Die Schlussabstimmung findet voraussichtlich in vier Wochen statt.

Kantonsrat

Kein Ustertag im Lehrplan

Gehört der Ustertag in den Unterricht an der Zürcher Volksschule oder nicht? Die SVP-Fraktion hat dies am Montag gefordert. Das Postulat hatte aber aus formellen Gründen keine Chance: Der Kantonsrat hat beim Lehrplan nichts zu sagen.

Für SVP-Kantonsrat Daniel Wäfler (Gossau) lässt der Geschichtsunterricht zu wünschen übrig. Schweizer Geschichte werde oft nur stiefmütterlich behandelt. Vor allem das 19. Jahrhundert verdiene es aber, intensiver behandelt zu werden, etwa am Beispiel des Ustertages.

Der Ustertag stehe für eine wichtige Ära, aus welcher der Finanzplatz, die Eisenbahn und die Mehrheit der heutigen Parteien hervorgegangen seien. Ihm sei es wichtig, den «wahren Schatz der jüngeren Geschichte» weiterzugeben, begründete Wäfler sein Postulat weiter.

Dagegen könne man kaum etwas haben, entgegnete SP-Kantonsrätin Sylvie Matter (Zürich), selber Historikerin. Nur

leider beschränke sich die Entstehungsgeschichte der Demokratie nicht auf den Ustertag. Nicht zu vergessen seien etwa auch der Bockenrieg oder der Stäfner Handel, dozierte Matter.

Die Ratsmehrheit war aus formellen Gründen gegen das Postulat: Der Kantonsrat hat beim Lehrplan kein Mitbestimmungsrecht. Die Inhalte bestimmt der Bildungsrat. Dies betonte auch Bildungsdirektorin Silvia Steiner (CVP). Mit ihrem Einsatz für einen reichhaltigeren Unterricht blieben SVP und EDU alleine. Das Postulat wurde mit 109 zu 55 Stimmen abgelehnt.

Der Ustertag erinnert an die liberale Bewegung im Kanton Zürich. Er bezieht sich auf eine Volksversammlung in Uster vom 22. November 1830, als gut 10 000 Männer aus der Landschaft mehr Rechte gegenüber der Stadt Zürich einforderten. Der Ustertag gilt damit als Basis für den modernen Kanton Zürich. (SDA)

Ermittlung

Viele Unklarheiten nach dem Brand

Nach dem Grossbrand in der Nähe des Zürcher Hauptbahnhofs läuft der Verkehr zu Wochenbeginn problemlos. Auch Rauch- und Feuergeruch sind verschwunden. Hinter den Kulissen aber geht die Arbeit erst richtig los.

Nebst der Brandursache, die Gegenstand der Ermittlungen ist, klärt die Hausbesitzerin nebst versicherungstechnischen Details auch die Situation mit den vorgesehenen Mietern ab.

Der Gebäudekomplex befand sich zum Zeitpunkt des Brandes in Renovation. Vermietet sind die Räume aber bereits. Mit dem Co-Working-Anbieter «No18» etwa besteht für die Zeit danach, also ab Ende 2019, bereits ein Mietvertrag. «Wir wissen noch nicht, wie es weitergeht. Wir klären mit Hochdruck alles ab», sagt Vasco Cecchini, Sprecher der PSP Swiss Property, der die Liegenschaften gehören, zur Nachrichtenagentur SDA.

Cecchini hat vom Brand unmittelbar am Samstag erfahren. «Der Schock war gross, wir sind aber sehr erleichtert, dass es glücklicherweise zu keinem Personenschaden kam mit Ausnahme eines Polizisten, der ein Hörtrauma erlitt.» Von weiteren Verletzten hatten die Rettungskräfte nach eigenen Angaben keine Kenntnis.

Abgeklärt werden müssen in den nächsten Wochen auch denkmalschützerische Aspekte. Die Gebäude aus der Belle Epoque sind im kommunalen Inventar für Denk- und Heimatschutz erfasst, also jenem der Stadt Zürich.

Noch nicht beziffert ist der Sachschaden. Die Brandursache ist ebenfalls noch unklar. Diese Untersuchungen führen die Staatsanwaltschaft Zürich-Sihl, Detektive der Stadtpolizei sowie Brandermittler der Kantonspolizei durch. Die Polizei sucht noch immer Zeugen. (SDA)

Baudirektion

Kantonsbaumeister Matthias Haag geht

Baudirektor Markus Kägi (SVP) und Kantonsbaumeister Matthias Haag beenden ihre Zusammenarbeit. Aufgrund unterschiedlicher Haltungen in Organisations- und Führungsfragen verlässt Haag die Zürcher Baudirektion. Die interimistische Leitung des Hochbauamts übernimmt der stellvertretende Chef Christoph Rothenhöfer.

Haag hat das Hochbauamt seit September 2013 geführt. Unter seiner Leitung konnte das Hochbauamt neu strukturiert und dessen Rolle im kantonalen Immobilienmanagement positiv weiterentwickelt werden, wie die Baudirektion am Montag mitteilte. Markus Kägi tritt bei der kommenden Regierungsratswahl im Frühjahr 2019 nicht mehr an. (SDA)